

chemie report

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI

04/2019 ■ 3 Editorial Ja zu Europa!

► 4 VCI Große Entrup wird neuer Hauptgeschäftsführer ► 6 Europawahl 2019 Richtungswahl voraus ► 8 Chemie 4.0 Blockchain – Ein Blick in die Zukunft? ► 9 Finanzwelt Kohle machen ohne CO₂? ► 11 Bundeshaushalt 2020 Deutschland spart an der falschen Stelle ► 14 CID-Image-Umfrage 2018 Schwieriges Umfeld und sinkende Zustimmung zur Chemie ► 20 Logistik Klima und Wirtschaft brauchen eine moderne Infrastruktur ► 22 cr-Serie Bürokratienabbau Handelskontrollen von Bürokratie befreien

Parlamentarischer Abend des VCI in Berlin

Für ein starkes und geeintes Europa

Das Thema des diesjährigen Parlamentarischen Abends hätte aktueller kaum gewählt sein können: Mitten im Endspurt um das Wie und Wann des Brexits waren Anfang April rund 350 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Behörden der Einladung des VCI nach Berlin gefolgt, um sich im Vorfeld der Europawahl über die Bedeutung der Europäischen Union auszutauschen. Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion mit Spitzenpolitikern.

Die Verdienste der EU um Freiheit, Völkerverständigung und Wohlstand seien unbestritten, stimmte VCI-Präsident Hans Van Bylen das Publikum gleich zu Beginn des diesjährigen

Parlamentarischen Abends positiv ein. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich und politisch seien die Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker zusammengewachsen. Gleichwohl habe sich nicht zuletzt mit dem Brexit gezeigt, dass das „Erfolgsprojekt EU“ kein Selbstläufer mehr sei. Die Vorzüge eines starken und einigen Europas müssten deshalb stets aufs Neue erklärt und verteidigt werden. Deshalb habe die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie kürzlich ihre Kampagne #JazuEuropa gestartet: „Unsere Branche würde großen Schaden nehmen, wenn die EU zerfällt“, erklärte Van Bylen die Hintergründe der Initiative. „Wir wollen eine Schwächung der EU-Befürworter ver-

Die chemische Industrie ist ein engagierter Befürworter der europäischen Idee und des EU-Binnenmarktes. Das machten die Mitglieder des VCI-Präsidiums vor der Veranstaltung in Berlin mit dem Bekenntnis „Ja zu Europa“ deutlich.

hindern und deshalb möglichst viele ‚EU-Freunde‘ für die Wahl mobilisieren.“

INDUSTRIE IST GARANT FÜR WOHLSTAND

Zugleich wies Van Bylen aber auch auf dringenden Reformbedarf in der europäischen Zusammenarbeit hin: „Die EU muss sich weiterentwickeln, wenn sie sich in einem rasant verändernden Umfeld behaupten will.“ Noch sei die Industrie mit mehr als 50 Millionen hochwertigen Arbeitsplätzen ein Garant des Wohlstands und damit auch des Zusammenhalts in Europa. Doch um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen dauerhaft zu erhalten, müsse die kommende EU-Kommission ihre Industriepolitik strategisch neu ausrichten.

PODIUM PRO EUROPA

Wie das gelingen könne, war Thema der temperamentvoll geführten Diskussionsrunde mit VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann und den Bundestagsabgeordneten Dietmar Bartsch (Die Linke), Nicola Beer (FDP), Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen), Hermann Gröhe (CDU) und Thomas Oppermann (SPD). In dieser stellte keiner der Podiumsteilnehmer die internationale Bedeutung Europas infrage. Auch das Engagement der Chemiebranche für eine möglichst hohe Beteiligung an der Europawahl wurde als vorbildlich bezeichnet. Dennoch zeigten sich parteipolitische Unterschiede in der Bewertung der europäischen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sowie darüber, welche Rolle Europa künftig einnehmen und wie die europäische Industriepolitik der kommenden Legislaturperiode konkret ausgestaltet werden sollte.

STRATEGISCHE INDUSTRIEPOLITIK GEFORDERT

„Es geht in Europa doch vor allem um das ‚Wie‘“, stellte Tillmann klar. „Unsere Branche ist exportorientiert, deshalb fordern wir im Vorfeld der Europawahl eine gute Handels- und Industriestrategie.“ Auf die Frage, ob die kürzlich von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vorgestellte Industriestrategie die gesamteuropäischen Potenziale ausreichend berücksichtige, fand das Podium keine einheitliche Antwort. Letztlich blieb das Bild der künftigen EU-Industriepolitik auf dem Parlamentarischen Abend insgesamt noch recht vage. Tillmann kritisierte die aus seiner Sicht zu zögerliche Linie vieler Europapolitiker: „Wir kriegen es nicht gebackten, zu sagen, was wir konkret brauchen, und verständigen uns zu wenig auf die entscheidenden Stellschrauben für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Bestes Beispiel: wettbewerbsfähige Energiepreise.“ Nach reger Diskussion einigte sich das Podium zumindest auf den gemeinsamen Nenner „Ja zu Europa“, betonte aber auch die parteipolitischen Differenzen in der Frage, wie die EU weiterentwickelt werden sollte.

Zahlreiche Gäste nutzten anschließend die Gelegenheit, sich vor einem Infostand des VCI mit dem Kampagnen-Hashtag #JazuEuropa ablichten zu lassen und damit ihr ganz persönliches Europa-Bekenntnis abzugeben. *jgl*



**Dietmar Bartsch (Die Linke),
Fraktionsvorsitzender**

„Die EU ist vor allem ein Friedensprojekt. Wenn wir an dessen Wurzeln gehen, heißt das, dass Frieden nicht mehr normal ist. Und wir müssen stärker schauen, wie sich die EU-Politik auf die Menschen auswirkt.“



**Nicola Beer (FDP),
Generalsekretärin**

„Es liegen noch viele ungenutzte Potenziale in der EU. Wir verlieren uns zu sehr im Kleinklein. Ich will, dass wir wieder ein Innovationskontinent werden, und dazu brauchen wir auch die Chemiebranche.“



**Franziska Brantner (Bündnis
90/Die Grünen), Parlamen-
tarische Geschäftsführerin**

„Wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit bei der Digitalisierung stärken wollen, müssen wir in der EU den digitalen Binnenmarkt vollenden und auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz intensiver zusammenarbeiten.“



**Hermann Gröhe (CDU),
Stellvertretender Fraktions-
vorsitzender**

„Deutschland stellt nur 1 Prozent der Weltbevölkerung – Tendenz sinkend. ‚Germany First‘ ist entsprechend unrealistisch. Dieses Argument müssen wir den europakritischen Populisten entgegenhalten.“



**Thomas Oppermann (SPD),
Vizepräsident des Deutschen
Bundestags**

„Frieden, Freiheit und Wohlstand gibt es auch anderswo – aber in dieser Kombination liberaler, offener und funktionierender Rechtsstaaten ist Europa einzigartig. Das zu erhalten, ist Thema der Europawahl.“



**Utz Tillmann,
Hauptgeschäftsführer des VCI**

„Wir stecken auf EU-Ebene schnell im Dickicht. Aber im Dickicht entscheiden wir nicht über unsere Zukunft. Es wird zu wenig darüber diskutiert, wie wir Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand erhalten.“

STANDPUNKT

Ja zu Europa!

In den nächsten Tagen erhalten alle wahlberechtigten EU-Bürger ihre Benachrichtigung zur mittlerweile neunten Wahl des Europäischen Parlaments. Wie viele von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen werden, ist noch ungewiss.

Denn die Wahlbeteiligung ging leider immer weiter zurück: 1979 gaben mehr als 60 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Zuletzt waren es nur noch 43 Prozent. Rechnet man Belgien, Luxemburg und andere Länder mit einer Wahlpflicht heraus, dann ist das Interesse an der Europawahl sogar noch niedriger.

Was ist zu tun, um das Verständnis für den Wert der Europäischen Union zu verbessern? Die großen Verdienste der EU um Versöhnung, Demokratie, Freiheit und Wohlstand sind im Grunde unbestritten. Auch die Vorteile des europäischen Binnenmarkts und des damit verbundenen freien Verkehrs von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital liegen auf der Hand – für Unternehmen wie für jeden Einzelnen.

Wie schwierig es dennoch ist, den Bürgern diese Errungenschaften ausrei-

chend zu vermitteln, hat das Brexit-Votum vor drei Jahren deutlich vor Augen geführt. Das war ein Weckruf, dass die über Jahrzehnte fortgeschriebene Erfolgsgeschichte Europa kein Selbstläufer mehr ist. Auch EU-kritische Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten – und sogar hierzulande – zeigen, dass wir die Erfolge der EU viel häufiger hervorheben und ständig neu erklären sollten. Gerade gegenüber jungen Menschen, deren Zukunft in einem weiterhin friedlichen und wirtschaftlich erfolgreichen Europa liegt.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat deshalb eine ganze Reihe von Maßnahmen angestoßen, um mit vielen guten Argumenten für ein starkes und geeintes Europa zu werben. Wir wollen viele Menschen für die Stimmabgabe am 26. Mai motivieren: in persönlichen Gesprächen, gegenüber den Medien und der Politik, bei Dialogveranstaltungen mit Europapolitikern für unsere Mitarbeiter und Nachbarn und nicht zuletzt in den sozialen Netzwerken.

Damit Europa auch in Zukunft ein Garant für Wohlstand und Frieden bleibt.



Hans Van Bylen,
Präsident des Verbandes der
Chemischen Industrie (VCI)



Die Journalistin Corinna Lampadius (Mitte) moderierte die große Diskussionsrunde auf dem Parlamentarischen Abend im Hotel Adlon. Themen waren die Bedeutung Europas und die anstehende Europawahl.

VCI-Präsidium bestellt Nachfolger von Utz Tillmann

Große Entrup wird neuer VCI-Hauptgeschäftsführer

Das Präsidium des VCI hat in Berlin Wolfgang Große Entrup (56) mit Wirkung zum 1. Oktober 2019 als neuen Hauptgeschäftsführer des VCI berufen. Große Entrup tritt die Nachfolge von Utz Tillmann (65) an, der diese Funktion seit Juni 2008 wahrnimmt und zum 30. September 2019 in den Ruhestand gehen wird.



Wolfgang Große Entrup

Wolfgang Große Entrup ist promovierter Agraringenieur und derzeit Senior Vice President bei der Bayer AG. Dort ist er Leiter der Corporate Function Sustainability & Business Stewardship und damit zuständig für die weltweite Steuerung der Konzernaktivitäten in diesen Bereichen. **mr**

Marktplatz zu den VCI-Gremiensitzungen 2019

Vier Themen à 10 Minuten

Vor dem Parlamentarischen Abend und nach den traditionellen Gremiensitzungen des VCI hat in Berlin wieder ein Themenmarktplatz stattgefunden. Vier Experten stellten dort in einem 10-minütigen Kurzvortrag ein Thema vor. Danach konnten die Teilnehmer intensiv nachfragen und Erfahrungen einbringen.

Auf besonderes Interesse stieß der Vortrag von Björn Hansen, Chef der Europäischen Chemikalienbehörde ECHA. Vergangenes Jahr war Kritik an der Qualität der Dossiers laut geworden, mit denen Chemieunternehmen ihre Produkte bei der ECHA im Rahmen von REACH registriert hatten. Hansen war extra nach Berlin gekommen, um den Unternehmensvertretern zu schildern, wo Nachbesserungsbedarf besteht. Seine Behörde arbeite an einem Zeitplan, nach dem in den kommenden Jahren alle eingereichten Dossiers schrittweise überprüft werden. Er sagte: „Ich hoffe, dass die Industrie ihren Beitrag dazu leisten wird, um die Qualität der Dossiers zu verbessern.“

Bei den weiteren Themenmarktplätzen ging es um Chancen und Herausforderungen für eine zirkuläre Wirtschaft in Europa, die EU-Pläne für nachhaltige Unternehmensfinanzierung und die handelspolitischen Risikofaktoren für die deutsche Wirtschaft. Sie finden alle Vorträge im Mitgliederbereich der VCI-Website (Log-in benötigt): <http://bit.ly/vcitm2019>



Thema REACH-Dossiers: Der Chef der EU-Chemikalienagentur ECHA, Björn Hansen, erklärte, wo die Behörde Nachbesserungsbedarf an den REACH-Registrierungsdossiers sieht. In den nächsten Jahren sollen alle eingereichten Dossiers schrittweise überprüft werden.



Thema Sustainable Finance: Die EU möchte nachhaltige Investitionen fördern. Berthold Welling (VCI) erläuterte den EU-Aktionsplan und warnte dabei vor pauschalem Brown-Listing energieintensiver Unternehmen.



Thema Zirkuläre Wirtschaft: Christoph Sievering, Covestro, beleuchtete die Herausforderungen und die Antworten, die die Chemie darauf geben kann. Die große Zahl der Produkte erfordere vielfältige Wege des Recyclings.



Thema Handelspolitik: Über den Bedarf für eine neue EU-Handels- und China-Strategie sprach Rainier van Roessel, LANXESS. Er betonte, dass die EU nur als Ganzes auf Augenhöhe mit China und den USA verhandeln könne.



Bitumenbahnen werden zur Flachdach- und Bauwerksabdichtung eingesetzt.

Industrieverband Bitumen-Dach- und Dichtungsbahnen e. V. (vdd)

Bitumenbahnen schreiben Baugeschichte

Seit 1901 vertritt der vdd die wirtschaftspolitischen Interessen deutscher Bitumenbahnenhersteller. Mit wegweisender Normungsarbeit und Informationen zu Dachabdichtungen unterstützt der Verband Planer, Architekten und Verarbeiter.

Bitumenbahnen sind hochwertige und besonders widerstandsfähige Baustoffe zur Abdichtung von Bauwerken und Dächern. Sie sind das am häufigsten gewählte Abdichtungsmaterial. Bundesweit sind 70 Prozent aller Flachdächer mit Bitumenbahnen abgedichtet.

Ehemals ein Reststoff bei der Destillation von Rohöl, ist Bitumen heute ein nachgefragter Werkstoff zur Herstellung von Asphalten und Abdichtungsmaterialien. Die verwendeten Bitumenmassen sind das Ergebnis einer fortlaufenden Produktentwicklung. Hohe thermische und mechanische Belastbarkeit sowie Elastizität und Langlebigkeit sprechen für Abdichtungen mit Bitumenbahnen in einer Umgebung, in der Umwelt- und Klimaveränderungen immer größere Anforderungen an Baumaterialien stellen.

Seit fast 120 Jahren vertritt der vdd die Belange seiner Mitgliedsfirmen. Ein Schwerpunkt ist hierbei die Erarbeitung von DIN-Normen, die den Dachspezialisten als Orientierung dienen. Themen wie die anhaltende Diskussion über das Gefährdungspotenzial von Bitumen, die Erstellung von Ökobilanzen oder das Recycling von Baustellenabfällen und Altdächern flankieren fortwährend die Verbandsarbeit.

Bundesweit und international ist der vdd bestens vernetzt und agiert dialogorientiert mit wichtigen Institutionen der Branche wie dem Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt), dem Zentralverband

des Deutschen Dachdeckerhandwerks (ZVDH) oder dem europäischen Verband „European Waterproofing Association (EWA)“. Mit großem Engagement betreibt der vdd eine umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und publiziert sein Expertenwissen etwa mit Artikeln in Fachmagazinen, Newslettern, Veranstaltungen, via Social Media und durch Online-Kommunikation. Ergänzend unterstützt der Verband Architekten, Verarbeiter, Bauherren, Schulen und Universitäten durch spezialisierte Informationsaufbereitung, etwa in Form eines kontinuierlich aktualisierten Regelwerks. **Simone Hesse** (hesse@vci.de)

Der vdd im Überblick

- **Gründungsjahr:** 1901
- **Mitgliedsunternehmen:** 10
- **Branchenmenge:** 265 Millionen Quadratmeter
- **Einsatzmöglichkeiten von Bitumenbahnen:** Abdichtung von Flachdächern und erdberührten Bauteilen, Verkehrsflächen, Innenräumen, Becken
- **Themen:** Dämpfe und Aerosole aus Bitumen, Brandschutz, Auswaschung aus Wurzelschutzbahnen, Umsetzung der Vorgaben durch Bauproduktenverordnung, Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen, Mitarbeit bei Produkt-, Prüf-, Konstruktions- und Anwendungsnormen
- Mehr Infos unter www.derdichtebau.de

Europawahl am 26. Mai 2019

Richtungswahl voraus



Die europäischen Wähler entscheiden Ende Mai über die neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments.

Der Europawahlkampf der Parteien nimmt nur sehr langsam Fahrt auf, die Wahlprogramme wurden erst spät fertiggestellt. Das verwundert, da von allen Parteien die hohe Bedeutung dieser Wahl für die Zukunft Europas betont wird. Insgesamt überwiegen die pro-europäischen Positionen in den Wahlprogrammen. Die einzige Ausnahme überrascht wenig.

Die inhaltlichen Forderungen der Parteien im Rahmen der Europawahl 2019 bewegen sich im zu erwartenden Rahmen. Bei FDP, CDU/CSU und – mit Abstrichen – bei der SPD dominieren wirtschaftsfreundliche Haltungen. Grüne und Linkspartei wollen die Daumenschrauben für Unternehmen weiter anziehen. Die vorhandenen wirtschaftsfreundlichen Ansätze der AfD werden durch ihre anti-europäischen Forderungen ad absurdum geführt.

Alle Parteien äußern sich in ihren Programmen ausführlich zur Klima- und Nachhaltigkeitspolitik. Bei meist ambitionierten Zielsetzungen sehen fast alle die EU in der Rolle des Klimaschutzvorreiters. Die bevorzugten Ansätze unterscheiden sich allerdings deutlich, insbesondere in Bezug auf die Gestaltung der Schnittstelle zwischen Industrie- und Klimapolitik. Einige Wahlprogramme sprechen der Industrie eine starke Rolle bei der Entwicklung innovativer Klimaschutztechnologien zu (CDU/CSU, FDP und teils SPD). Dagegen sehen vor allem die Grünen und die Linkspartei die Notwendigkeit, die Industrie durch Androhung von Strafmaßnahmen in den ökologischen Zwangsumbau zu drängen.

Leider traut sich keine der Parteien, eine weitsichtige und forsche Industriepolitik als Voraussetzung für die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens zu benennen. Überhaupt sind die

meisten der Wahlprogramme dünn in Bezug auf klare industriepolitische Ziele. Die Belange der Biotechnologie finden in den Programmen ebenfalls nur wenig Beachtung. Die derzeit bestehende Überregulierung in diesem Bereich – etwa bei Zulassungen – wird lediglich von der FDP aufgegriffen.

Angesichts der Programme der Parteien und der gesellschaftlichen Stimmungslage ist anzunehmen, dass der Regulierungsdruck auf Unternehmen in der neuen europäischen Legislaturperiode weiter zunehmen wird. Die chemische Industrie dürfte dabei als energieintensive Branche besonderen Forderungen ausgesetzt sein.

RADIKALE PARTEIEN DÜRFTEN ZULEGEN

Die aktuellen Prognosen zum Wahlausgang deuten darauf hin, dass die etablierten Parteien europaweit geschwächt werden. Die Parteien der politischen Ränder dürften zulegen. Dadurch wird die bislang bestehende informelle große Koalition im Europäischen Parlament keine Mehrheit mehr haben. Die feste Unterstützung durch die liberale ALDE-Fraktion und eventuell die Grünen dürfte zukünftig nötig sein. Das würde Mehrheitsfindungen wesentlich erschweren. Die größere Macht populistischer Parteien, die nicht an Lösungen interessiert sind, dürfte die Stimmung im Parlament insgesamt verschlechtern und rationale Parlamentsentscheidungen zusätzlich erschweren. In diesem Zusammenhang ist davon auszugehen, dass zukünftig der Rat der EU (Vertretung der Mitgliedstaaten) für die politische Arbeit des VCI wichtiger wird.

Bei der Wahl Ende Mai steht also viel auf dem Spiel: Sie wird darüber entscheiden, ob die Vorteile der EU erhalten bleiben und Reformen weiter vorangetrieben werden. Eine hohe Wahlbeteiligung wird wichtig sein, um die gemäßigte Mitte zu stärken.

Dr. Pierre Gröning (groening@bruessel.vci.de)

Service:

Die VCI-Website zur Europawahl gibt es hier: www.vci.de/jazueuropa

Branchendialog mit dem Bundeswirtschaftsministerium

Gemeinsam für eine starke Chemie

Bundeswirtschaftsminister Altmaier setzt sich gemeinsam mit den drei Spitzenorganisationen der chemisch-pharmazeutischen Industrie für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Branche ein. Das unterstreicht der dritte Monitoringbericht des Ministeriums zum Branchendialog.

Zu den zentralen Themen im Berichtszeitraum 2017/2018 gehören die politischen Rahmenbedingungen für Innovationen, die Förderung attraktiver Arbeitsbedingungen und Qualifizie-

rungsangebote, Energiepolitik, Pharma, Pflanzenschutz, die Chemikalienregulierung, Fachkräftesicherung sowie bürokratische Hemmnisse.

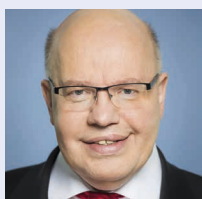
Bei den vom BMWi veranstalteten Branchendialogen werden die wichtigsten Themen der jeweiligen Industriezweige identifiziert und priorisiert. Der erste Branchendialog Chemie startete im März 2015. Gemeinsam mit Vertretern aus Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften werden möglichst konkrete Maßnahmen entwickelt, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

Industrie gezielt zu stärken. Die Branchendialoge sind dreistufig organisiert: Sie bestehen aus öffentlichen Online-Konsultationen, Branchendialogen auf Arbeitsebene im BMWi und einem abschließenden Treffen der jeweiligen Spitzenvertreter mit dem Minister.

Service:

Den 20-seitigen Monitoringbericht des BMWi zum Branchendialog Chemie erhalten Sie auf der VCI-Website: <http://bit.ly/Branchendialog-Chemie>

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier



„Die gelebte Sozialpartnerschaft in der chemischen Industrie in Deutschland ist beispielhaft. Denn Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft müssen eng zusammenarbeiten, wenn wir die industrielle und technologische Souveränität in Deutschland sichern

und die Rahmenbedingungen für Schlüsseltechnologien und Basisinnovationen weiter verbessern wollen. Hierzu gehört auch die konstruktive Debatte zur ‚Nationalen Industriestrategie 2030‘. Der Branchendialog fügt sich nahtlos in die nationale Industriestrategie und deren Ziele ein. Der Erfolg des Branchendialoges wird nun durch den dritten Monitoringbericht bestätigt.“

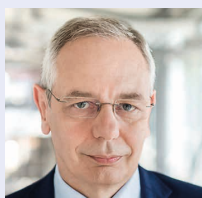
VCI-Präsident Hans Van Bylen



„Die Chemie- und Pharmaindustrie entwickelt Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft. Dazu gehören zum Beispiel Klimaschutz, Mobilität und Ernährung sowie die Digitalisierung. Damit Innovationen trotz zunehmendem internationalen Wettbewerbsdruck auch

künftig in Deutschland entwickelt und produziert werden können, brauchen wir die aktive Unterstützung der Politik. Neben dem Abbau bestehender regulatorischer Hemmnisse sollten neue Vorschriften auch immer einem Innovations-Check unterzogen werden, damit sie neue Geschäftsmodelle nicht einschränken. Die Unterstützung von Bundesminister Altmaier dafür ist ein ermutigendes Signal.“

IG BCE-Vorsitzender Michael Vassiliadis



„Die Unternehmen der Chemie- und Pharmabranche stehen wie die gesamte Industrie vor einem umfassenden Transformationsprozess, dessen Treiber Digitalisierung, Klima- und Umweltschutz sowie der demografische Wandel sind. Gleichzeitig

machen sich aufstrebende Industrienationen auf den Weg, unsere Vorzeigebereiche anzugreifen. In dieser Gemengelage brauchen wir einen engen Schulterschluss von Politik, Industrie und Tarifparteien, um gute Industriearbeit in Deutschland zu sichern. Dazu gehören attraktive Arbeitsbedingungen im Wettbewerb um Fachkräfte genauso wie Initiativen zur Weiterbildung der Beschäftigten sowie zur Förderung von Innovationsprozessen.“

BAVC-Präsident Kai Beckmann



„Die Digitalisierung ist der zentrale Innovations- und Wachstumstreiber unserer Zeit. Bei der Gestaltung der digitalen Arbeitswelt kommt der Aus- und Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu. Mit mehr Eigenverantwortung der Beschäftigten und maßgeschneiderten

Weiterbildungsangeboten der Unternehmen können wir die Innovationsfähigkeit der chemisch-pharmazeutischen Industrie erhalten, ihre Produktivität verbessern und so international erfolgreich bleiben. Die Unterstützung durch die Politik ist dabei richtig und wichtig: Ob Digitalpakt oder Qualifizierungschancengesetz – wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Qualifikationen von morgen zu stärken.“

Teil 13 der chemie-report-Serie „Chemie 4.0 im Detail“

Blockchain – Ein Blick in die Zukunft?

Die in den Fokus geratene Digitalwährung Bitcoin nutzt sie und hat für gewisse Bekanntheit gesorgt. Könnte die Technologie der Blockchain auch im Gesundheitswesen und für forschende Pharmaunternehmen nutzbar sein?

Im Kern ist die Idee ebenso einfach wie genial: Statt auf zentrale Datenspeicherung, setzt das Konzept der Blockchain auf dezentralen Datenaustausch. Die junge Technologie wird meist im Zusammenhang mit der digitalen Währung Bitcoin genannt. Dem ausschließlichen Interesse von Tech-Nerds im Finanzsektor ist die Blockchain aber entwachsen. Selbst im Koalitionsvertrag der Bundesregierung findet sie Beachtung, wenn darin eine Blockchain-Strategie angekündigt wird oder das Bundesgesundheitsministerium einen Ideenwettbewerb ausschreibt.

NUTZEN FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

Zahlreiche Unternehmen, Start-ups und Investoren entwickeln und erproben bereits Ideen und Anwendungen für Blockchain-Technologien im Gesundheitswesen. Auch forschende Pharmaunternehmen arbeiten an Konzepten. Ein Anwendungsszenario besteht etwa für klinische Studien. Gesundheitsdaten könnten mit Blockchain-Verfahren gesammelt und nur dort weitergegeben werden, wo gewünscht und notwendig. Gleichzeitig können Privatsphäre und besonders sensible Informationen von Patienten noch besser geschützt werden. Das stärkt das Vertrauen von Patienten in die Forschung. Gerade

klinische Studien für seltene Erkrankungen, für die nur sehr wenige Teilnehmer in Betracht kommen, könnten davon profitieren. Der Zeitaufwand für die Medikamentenentwicklung ließe sich reduzieren und Patienten könnten schneller von neuen Behandlungsoptionen profitieren.

LIEFERKETTEN IMMER BESSER SCHÜTZEN

Ein weiteres Anwendungsbeispiel besteht etwa in dem immer besseren Schutz von Lieferketten. Jüngst wurde etwa ein Patent für ein Verfahren angemeldet, mit dem Objekte für Maschinen digital lesbar werden. Ihnen wird dabei

ein digitaler Fingerabdruck zugeschrieben, etwa ein Bildmuster, eine DNA oder eine bestimmte chemische Signatur. Das bisherige Standardverfahren setzte auf die Lesbarkeit von Maschine zu Maschine. Mit der nun möglichen Lesbarkeit von Maschine zu Objekt lassen sich bestehende Prozesse und individuelle Identifizierungsmerkmale, wie etwa der Scan des bekannten Data-Matrix- oder Barcodes, künftig mit Blockchain-Technologien verknüpfen. Dieses Verfahren kann die Sicherheit von Lieferketten noch weiter stärken und Produktfälschungen weiter vorbeugen. Das mag noch recht abstrakt klingen, ist jedoch alles andere als Zukunftsmusik.

*Gastbeitrag von Birgit Fischer,
Hauptgeschäftsführerin des vfa,
Verband forschender Pharma-Unternehmen*

Service:

Blockchain im Gesundheitswesen ist auch Thema im Podcast „vfa-Tonspur“. Hier geht es zum Beitrag: <http://bit.ly/Blockchain-Gesundheit>



Eine Blockchain ist eine endlos erweiterbare Kette von Datensätzen. Mit dieser Technologie könnten etwa Daten für klinische Studien noch sicherer gesammelt werden.

Wie funktioniert eine Blockchain?

Vereinfacht gesagt ist eine Blockchain eine endlos erweiterbare Kette von Datensätzen. Diese sogenannten Blöcke sind Unikate, die chronologisch aufeinander aufbauen. Sie enthalten jeweils die verschlüsselte Information (wie ein digitaler Fingerabdruck) sowie einen Zeitstempel und Transaktionsdaten. Im Netzwerk aller Nutzer wird mit jeder Aktion ein neuer und dann unveränderbarer Datenblock generiert. Alle Blöcke gemeinsam sind nachvollziehbar über kryptografische Funktionen miteinander verkettet. Eine Information, die einmal in der Blockchain gespeichert ist, kann so zu ihrem Autor zurückverfolgt werden. Auch der Weg der Informationen und eventuelle Änderungen sind immer nachvollziehbar.

Diskussion auf der Finanzmesse INVEST

Kohle machen ohne CO₂?



Über die Finanzwelt im Klimawandel sprachen (v.l.) Utz Tillmann (VCI), Michael Schmidt (Lloyd Fonds), Dorothee Holz (ARD), Prof. Karsten Neuhoff (DIW) und Ingo Speich (Deka Investment).

Auf Einladung der ARD-Börsenredaktion hat VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann Anfang April an einer Podiumsdiskussion in Stuttgart teilgenommen. Dabei ging es unter anderem um die Frage, wie Anleger mit ihren Investitionen zum Klimaschutz beitragen können und wie die energieintensiven Industrien die Pläne der EU zu Sustainable Finance sehen.

Spätestens seit dem Weltklimagipfel von Paris im Jahr 2015 wird in Europa diskutiert, wie eine kohlenstoffarme Wirtschaft aussehen kann. In der Finanzwelt ist das Thema auch angekommen, „grüne“ und „nachhaltige“ Finanzprodukte boomen. Die EU-Kommission hat im Frühjahr 2018 Verordnungsvorschläge zu den Themenfeldern Taxonomie nachhaltiger Investments, Pflichten für Investoren und Referenzwerte für eine kohlenstoffarme Wirtschaft vorgelegt. Was diese für Anleger bedeuten, diskutierte Börsenredakteurin Dorothee Holz mit Michael Schmidt von Lloyd Fonds, Ingo Speich von Deka Investment, Prof. Karsten Neuhoff vom

Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann. Dabei wurde deutlich, dass eine treibhausgasneutrale Wirtschaft nur mit erheblichen Investitionen zu machen ist.

STRUKTURWANDEL DER WIRTSCHAFT

Schmidt war Mitglied der Expertengruppe, die die EU zum Thema Sustainable Finance beraten hat. Er erklärte, dass es bei dem Thema um die Frage gehe, wie die Finanzindustrie zu den Klimazielen von Paris beitragen könne: „Wir kennen das aus dem Supermarkt. Da gibt es Bio-Label, und das Gleiche kann man sich natürlich auch für Finanzprodukte vorstellen.“ Speich ergänzte, dass es nicht nur um grüne Anlagemöglichkeiten gehe: „Alle Unternehmen sind von der EU-Regulierung betroffen. Es geht um die Großunternehmen im DAX und im EURO STOXX 50, die nicht so schnell manövrieren können.“ Tillmann beklagte, dass die Finanzwirtschaft noch zu wenig Verständnis für die Industrie aufbringe: „Die Taxonomie springt zu kurz. Sie lässt völlig außer Acht, ob Unternehmen auch Produkte anbieten,

die wichtig für Nachhaltigkeit oder die Erzeugung von erneuerbarem Strom sind.“ Außerdem sei für die energieintensiven Industrien zusätzlicher Druck von den Finanzmärkten nicht nötig. Über den Handel mit CO₂-Zertifikaten Sorge der europäische Emissionshandel von selbst dafür, dass die regulierten Branchen ihre Klimaschutzziele erreichen. Neuhoff war diesbezüglich weniger optimistisch: „Ich glaube, dass wir zusätzlich zum Emissionshandel weitere Instrumente brauchen, um sicherzustellen, dass der CO₂-Preis seine volle Wirkung entfalten kann.“ Einigkeit herrschte aber auf dem Podium darüber, dass der Strukturwandel der Wirtschaft nicht einfach werden wird. Die Finanzindustrie wolle die Wirtschaft bei den bevorstehenden Transformationsprozessen begleiten, so Schmidt: „Es geht nicht darum, von heute auf morgen einen Hebel umzulegen. Das wäre unverantwortlich.“ *cla*

Service:

Einen Mitschnitt der Diskussion finden Sie online bei **boerse.ARD.de**:
<http://bit.ly/Finanzwelt-Klimawandel>

Gene-Editing

Verbände fordern Anpassung des Gentechnikrechts

Die Diskussion über die Folgen des EuGH-Urteils zum Thema Gene-Editing von 2018 dauert an. Der Europäische Gerichtshof hatte vergangenes Jahr die neuen Methoden mit Gentechnik gleichgesetzt. Nun haben 18 Verbände in einem breiten Bündnis eine Anpassung des europäischen Gentechnikrechts gefordert.

Ende Juli 2018 verkündete der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein wichtiges Urteil zur rechtlichen Einordnung von Gene-Editing-Methoden. Die Richter hatten geprüft, ob die Methoden unter das Gentechnikrecht fallen oder ob die im Gesetz verankerte Mutageneseausnahme greift. Der EuGH entschied, dass bei jeder Anwendung von Gene-Editing gentechnisch veränderte Organismen (GVO) entstehen (siehe chemie report 9/2018).

Im März 2019 haben 18 Verbände der agrarischen Warenkette, einschließlich der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB), einen gemeinsamen Brief an politische Entscheider auf nationaler und europäischer Ebene geschrieben. Darin brachten sie ihre Sorgen über nachteilige Auswirkungen des Urteils auf die Nutzung neuer Züchtungsmethoden in der EU sowie auf



Für die Pflanzenzucht hat das EuGH-Urteil schwerwiegende Auswirkungen für die Nutzung neuer Züchtungsmethoden in der EU sowie auf den EU-Binnenmarkt und den außereuropäischen Handel von Agrarprodukten.

den EU-Binnenmarkt und den Handel mit Ländern außerhalb der EU zum Ausdruck. Gemeinsam forderten die Verbände die Politik zu einer wissenschaftsbasierten Anpassung des europäischen Gentechnikrechts auf.

PROBLEME FÜR DIE WIRTSCHAFT

Die Rechtsprechung des EuGH stelle die Agrar- und Ernährungswirtschaft vor erhebliche Probleme, schreiben die Verbände. Die durch neue Züchtungs-

methoden erzeugten Mutationen seien nicht von natürlich auftretenden zu unterscheiden. Dies stelle den internationalen Handel von Agrarprodukten, aber auch die Behörden vor nahezu unüberwindbare Hindernisse bei der Überwachung und Kontrolle entsprechender Produkte.

Nach Ansicht der Verbände führen außerdem die Anforderungen an die Zulassung von Gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der EU und die hohen Kosten des Zulassungsverfahrens in der Konsequenz dazu, dass die Agrarbranche in Deutschland vom wissenschaftlichen Fortschritt durch die Anwendung der neuen Züchtungsmethoden ausgeschlossen wird. Aus diesem Grund fordern sie eine Anpassung des europäischen Gentechnikrechts, damit es sich an wissenschaftlichen Grundsätzen orientiert und neuesten Entwicklungen in der Pflanzenzüchtung Rechnung trägt.

Dr. Ricardo Gent (gent@dib.org)

18 Verbände haben den Brief im März 2019 unterzeichnet

- Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP)
- Deutscher Bauernverband (DBV)
- Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID)
- Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB)
- Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (ufop)
- Industrieverband Agrar (IVA)
- Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölröhrstoffen (Grofor)
- Deutscher Raiffeisenverband (drv)
- Deutscher Verband Tiernahrung (DVT)
- Biotechnologie-Industrie-Organisation Deutschland (BIO Deutschland)
- Wirtschaftliche Vereinigung Zucker (WVZ)
- Verein der Zuckerindustrie (VdZ)
- Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse (VdG)
- Deutscher Fruchthandelsverband (DFHV)
- Bundesverband der Obst-, Gemüse- und Kartoffelverarbeitenden Industrie (BOGK)
- Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
- Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA)
- Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft (unika)

Service:

Den Verbändebrief können Sie auf der DIB-Website nachlesen:

<http://bit.ly/Verbändebrief-EuGH-Urteil>

Kürzung des Forschungsetats im Bundeshaushalt 2020

Deutschland spart an der falschen Stelle

Das Bundeskabinett hat vor Kurzem die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2020 und den Finanzplan bis 2023 beschlossen. Der VCI kritisiert, dass der Etat des Bundesforschungsministeriums gekürzt werden soll.

In der Pressemitteilung des Bundesfinanzministers kann man lesen, dass die Bundesregierung „die Haushaltsmittel gezielt für die gemeinsam vereinbarten Prioritäten einsetzen wird: Investitionen in die Zukunft, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken und die Grundlage für den Wohlstand von morgen schaffen.“ Doch bei genauerer Analyse wird man feststellen, dass beispielsweise der Arbeits- und Sozialetat zunimmt. Etwa 40 Prozent des Gesamthaushalts von 362,6 Milliarden Euro sollen nächstes Jahr für diesen Bereich ausgegeben werden. Dagegen schrumpft der Etat des Forschungsministeriums (BMBF). Auch die Planungen im Bundeshaushalt für die nächsten Jahre sehen für das BMBF weiterhin einen leicht rückläufigen Haushalt vor. Mit ihrem Haushaltsentwurf für 2020 setzt die Bundesregierung



ein fatales Zeichen für den Innovationsstandort Deutschland, betont der VCI. Die geplante Kürzung von 533 Millionen Euro (–2,9 Prozent gegenüber 2019) im Etat des BMBF sei ein enttäuschendes Zeichen für Wirtschaft und Wissenschaft und werde sich negativ auf den Erfolg der Hightech-Strategie 2025 auswirken. Im finanziellen Rückwärtsgang werde Deutschland kaum im Innovationswettbewerb mit den USA und China mithalten können, unterstreicht der VCI weiter.

STÄRKER IN FORSCHUNG INVESTIEREN

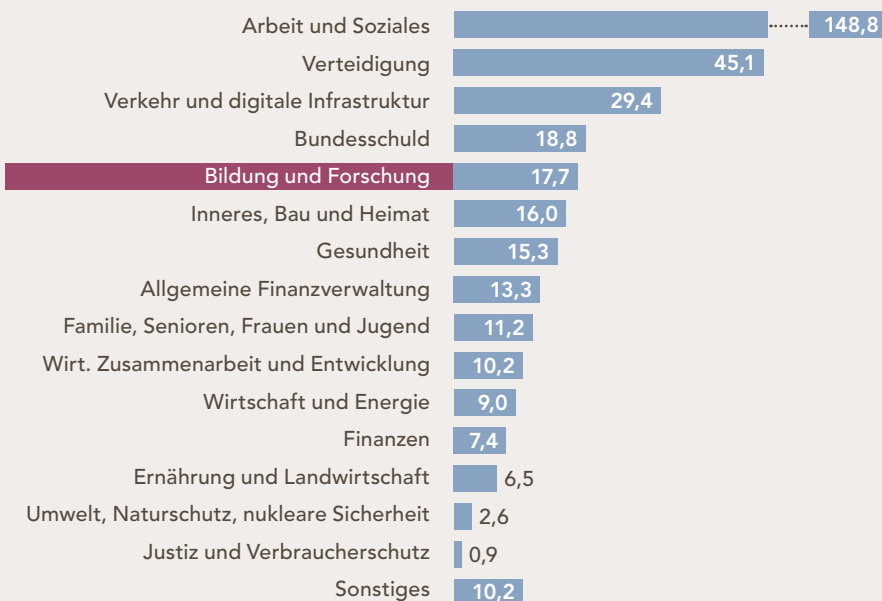
Während diese Nationen massiv in Forschung und Bildung investierten, so der VCI, spare Deutschland an der falschen Stelle. Mit Blick auf die Intensivierung des globalen Wettbewerbs wäre es vielmehr notwendig gewesen, dass die Bundesregierung Forschung und Entwicklung noch stärker unterstütze.

Der Vorsitzende des VCI-Forschungsausschusses, Thomas Wessel, sagt: „Deutschland ist auf eine exzellente Wissenschaft und eine finanziell gut ausgestattete Forschungsförderung angewiesen. Nur dann ist es möglich, dass Deutschland auch künftig zur Elite der Forschungsnationen gehört. Die geplanten Kürzungen des Etats des BMBF sind das falsche Signal für die Unternehmen am Innovations- und Hightech-Standort Deutschland.“

Wessel weist darauf hin, dass sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag ein ehrgeiziges Innovationsziel gesetzt haben: Die Forschungsintensität in Deutschland soll bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden. Der Haushaltsentwurf des Bundeskabinetts für 2020 laufe diesem Ziel zuwider. Die Wirtschaft sei gewillt, ihren Beitrag zum 3,5-Prozent-Ziel zu leisten. Das zeige sich bei den FuE-Aufwendungen der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie, die im letzten Jahr die Marke von 11 Milliarden Euro deutlich übersprungen haben. *mr, mvz*

ECKWERTE DES BUNDESHAUSHALTS 2020

In Milliarden Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Politische Arbeit für die Branche

Argumentativ stets gut gerüstet

Die Vertretung der politischen Interessen seiner Mitglieder gehört zu den zentralen Aufgaben eines Verbands. Aber auch die Unternehmen selbst sollten stets über die Anliegen und Empfehlungen informiert sein. Beim VCI gibt es diese im Überblick auf der Website. Dieser Service wird nun weiter verbessert.

Die Argumente und Positionen zu den wichtigsten politischen Themen der Branche aktualisiert der VCI regelmäßig und stellt diese Dokumente online zur Verfügung.

Die darin unter VCI-Experten verschiedener Fachrichtungen abgestimmte und auf wenige Seiten verdichtete Argumentationslinie ermöglicht die einheitliche Kommunikation gegenüber Dritten und gibt der interessierten Öffentlichkeit erste Antworten und eine Einschätzung der Branchenpositionen in politischen Debatten.

Zuletzt zeigte sich, dass dieser Service verbesserungsbedürftig ist, denn die Dokumente wurden bislang nur alle drei Monate aktualisiert. Neuerdings werden alle Top-Themen

Aktuelle Top-Themen auf Beschluss des VCI-Präsidiums vom 3. April 2019:

- **Energie und Klima:** Für ein industriefreundliches Klimaschutzgesetz einsetzen
- **Innovation:** Anreizstruktur für Innovationen in Chemie und Pharma
- **Industriepolitik:** Industriepolitische Strategie der Bundesregierung begleiten
- **EU-Handelspolitik:** EU-Handelsvereinbarungen vorantreiben
- **Agrar:** An der gesellschaftlichen Debatte zur Biodiversität beteiligen
- **Steuern:** Unternehmensteuerreform auf den Weg bringen



Der VCI ist auf nationaler und europäischer Ebene für seine Mitglieder politisch aktiv.

des VCI (siehe Kasten) kontinuierlich auf den neuesten Stand gebracht.

Die aktuelle Fassung finden Sie, übrigens auch für die Ansicht auf Smartphone und Tablet optimiert, immer unter **www.vci.de/top-themen**.

Jenni Glaser (glaser@vci.de)

Neues von Chemie³

Webinar-Reihe zur Nachhaltigkeit geht 2019 weiter

Die Webinar-Reihe der Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ ist mit neuen Themen und Funktionen ins Jahr 2019 gestartet. Chemie³ freute sich schon zwei Mal über viele Teilnehmer und deren aktive Beteiligung. Neben der bewährten Fragerunde sind nun auch gezielte Kurzumfragen Teil des Online-Service.

Im Januar hat das Webinar „Recht und Nachhaltigkeit – Auswirkungen einer zunehmenden Verrechtlichung der CSR auf die Nachhaltigkeitsstrategie“ stattgefunden. Wenn etwa pakistanische Arbeiter Textildiscounter nach einem Fabrikbrand verklagen oder peruianische Bauern gegen Energiekonzerne aufgrund der Erderwärmung vor-

gehen, stellen sich Fragen: Wann kann ein Betrieb tatsächlich haftbar gemacht werden und welche rechtlichen Verpflichtungen bestehen für Unternehmen der chemischen Industrie mit ihren globalen Lieferketten? Diesen Fragen gingen der VCI-Rechtsexperte Tobias Brouwer und Maria Schaad von Merck nach.

Im März wurde das Thema „Ressourceneffizienz im Innovationsmanagement – Chancen und Herangehensweisen für nachhaltiges Wirtschaften“ beleuchtet: Wie kann man mit weniger Ressourceneinsatz bessere Ergebnisse erzielen? Wie hat es beispielsweise der Waschmittelsektor geschafft, das gleiche Waschergebnis bei niedrigeren Temperaturen zu erreichen? Gleichzeitig wurden auch deutliche Reduktionen beim CO₂-Fußabdruck, Transport und Aufkommen an Verpackungsabfällen erzielt. VCI-Innovationsexperte Martin Reuter, Daniela Marrwitz von Clariant und Christine

Schneider von Henkel erklärten pragmatische Werkzeuge zur Bewertung von Ressourceneffizienz im Innovations- und Nachhaltigkeitsmanagement.

Aufzeichnungen aller Webinare, weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit für die weiteren Folgen gibt es unter: **www.chemiehoch3.de**

Anne Dorweiler (dorweiler@vci.de)

Die nächsten Webinare:

- „Sustainable Development Goals (SDGs) im Unternehmen abbilden“ am 8. Mai 2019, 11 bis 12 Uhr
- „Nachhaltigkeit greifbar machen – Der Chemie³-Nachhaltigkeits-Check“ am 7. Juni 2019, 11 bis 12 Uhr
- Nach der Sommerpause sind weitere Webinare geplant.

Responsible-Care-Umfrage über 2018 startet

Mitmachen bitte: Jeder Wert ist es wert

Mit 309.385 Chemiebeschäftigten hat Deutschland die größte Responsible-Care-Community weltweit. Woher kommt diese Zahl? Sie ist die Summe aller Mitarbeiter der Standorte, für die 2017 Daten zur Responsible-Care-Datenerhebung übermittelt worden waren. Die Abfrage beginnt in diesen Wochen wieder neu.

Daten zur chemischen Industrie werden seit Jahrzehnten erhoben. In den VCI-Umweltleitlinien 1986 ging es beispielsweise um Unfallhäufigkeit, Quecksilber-Emissionen und FCKW-Treibmittel. 1996 wurde erstmals ein Bericht zum Verantwortlichen Handeln veröffentlicht, der spätere Responsible-Care (RC)-Bericht. Für diesen meldeten die Unternehmen ihre Daten klassisch per Post. Damals beteiligten sich 700 Unternehmen mit 407.000 Mitarbeitern. Das entsprach 75 Prozent aller Chemiebeschäftigten. Dieser Anteil ist nahezu stabil geblieben, im internationalen Vergleich liegt der VCI ganz weit vorn.

Die Datenerhebung über 2018 beginnt in diesen Wochen – allerdings zeitgemäß als Online-Abfrage. Dazu schreibt der VCI die sogenannten Datenbeauftragten der Mitgliedsunternehmen an. Sie erhalten einen Link zur Startseite für die Dateneingabe. Dort warten dann 89 Fragen und einige offene Felder auf Zahlen beziehungsweise Ja- oder Nein-Antworten und Kommentare. Die erste Hälfte ist den klassischen RC-Themen gewidmet, die zweite Hälfte fragt zur Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ Antworten ab.

Die Datenerhebung wird seit über zehn Jahren von einem Third-Party-Audit begleitet. Dabei wurden in jüngster Zeit besonders die Datenbank und die Plausibilitätsprüfung der Daten unter die Lupe genommen. Vor allem die Daten zu Transportmengen und Transportunfällen sind fehlerverdächtig und sollten gemäß den Erläuterungen beantwortet werden. Diese Erläuterungen liegen online vor. Die Datenbank macht bei bestimmten Abweichungen von den Angaben aus den Vorjahren auch von



sich aus auf fragliche Veränderungen aufmerksam.

Im Laufe der Zeit haben immer mehr Firmenzentralen für all ihre Standorte gemeinsam berichtet. Auch Chemie-parks mit ihren ansässigen Unternehmen spielen eine wichtigere Rolle. Letztlich kommt es jedoch auf jeden Standort an, wenn über verantwortliches Handeln in der chemischen Industrie berichtet werden soll. Deshalb gilt: Bitte mitmachen, denn jeder Wert zählt.

Hans F. Daniel (daniel@vci.de), mvz

Responsible-Care-Bericht 2018 erschienen

Neue Daten zu Umwelt, Sicherheit, Gesundheit

Der aktuelle Responsible-Care-Bericht liegt jetzt vor. Er erläutert die Ergebnisse der Responsible-Care-Datenerhebung über das Datenjahr 2017.

Das aktuelle Audit für die Responsible-Care (RC)-Datenerhebung durch die Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers ist erfolgreich abgeschlossen worden. Der Auditor kam zum angestrebten „Uneingeschränkten Prüfungsurteil mit begrenzter Sicherheit“, international als Limited Assurance bezeichnet. Damit durchlief der VCI zum elften Male erfolgreich eine Auditierung seiner RC-Datenerhebung und ausgewählter Projekte. 2007 war durch die Deloitte Cert Umweltgutachter GmbH eine erste Third-Party-Verifizierung erfolgt.

Der VCI hat in der internationalen Responsible-Care-Gemeinschaft damit eine Sonderstellung eingenommen und Vorarbeit geleistet. Üblicherweise

werden nicht die Verbände, sondern die Unternehmen auditiert. Dies beginnt mit Selbsteinschätzungen und steigert sich bis zur mehrtägigen Auditierung durch anerkannte Prüfer. Eine Überprüfung der Verbandsleistung für Responsible Care oder die betriebswirtschaftliche Prüfung durch Verfahren und Maßnahmen zur Erstellung der Responsible-Care-Berichte gegen ausgewählte Kriterien der Sustainability Standards der Global Reporting Initiative ist jedoch Pionierarbeit. **Hans F. Daniel** (daniel@vci.de), mvz



Service:

Der Responsible-Care-Bericht 2018 steht als Download zur Verfügung unter: <http://bit.ly/RC-Bericht-2018>



Image-Umfrage 2018

Schwieriges Umfeld: Zustimmung zur Chemie sinkt

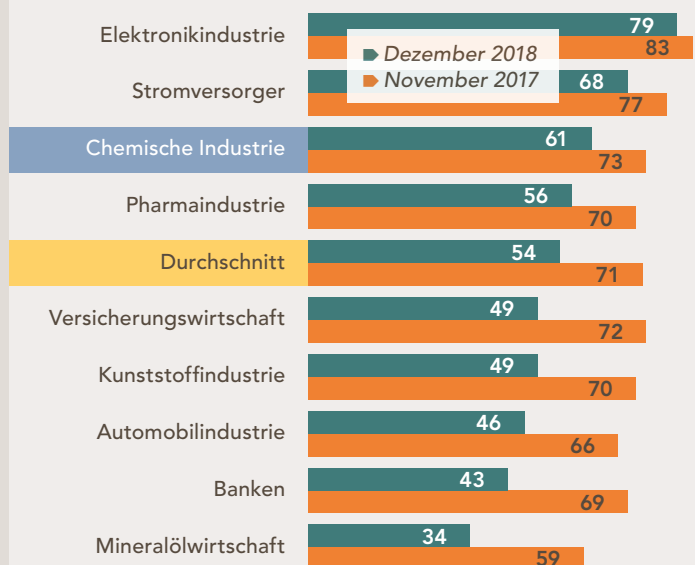
Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland sieht die chemisch-pharmazeutische Industrie nach wie vor als wichtig für Wirtschaftskraft und Wohlstand an. Das Image der Branche bleibt zwar nicht vom Negativtrend der Gesamtwirtschaft verschont, verzeichnet im Vergleich zu anderen Industrien aber etwas geringere Einbußen.

61 Prozent der Bevölkerung beurteilen die Chemie als „überwiegend positiv“. Das hat die jährliche repräsentative Umfrage für die Initiative „Chemie im Dialog“ (CID) ergeben, die im November und Dezember 2018 stattfand. Befragt wurden dabei 1.508 Personen im Alter von 18 bis 60 Jahren.

Die Branchenbewertung „überwiegend positiv“ setzt sich aus den Antwortoptionen „sehr positiv“, „positiv“ und „hat positive und negative Seiten, aber das Positive überwiegt“ zusammen. Gegenüber 2017 bedeutet das Ergebnis einen Image-Rückgang von 12 Prozentpunkten. Im Vergleich mit acht anderen Branchen konnte die Chemie dennoch den dritten Platz behaupten. Ein besseres Ergebnis erzielten wie im Vorjahr nur die Elektroindustrie und die Stromversorger.

Die Bedeutung der Chemie für Wirtschaft und Wohlstand wird von den Bürgern nach wie vor hoch

CHEMIE IM BRANCHENVERGLEICH WEITER AUF PLATZ 3 „überwiegend positive“ Beurteilung der Bevölkerung in Prozent



Alle Branchen mussten bei der aktuellen CID-Umfrage teils erhebliche Einbußen verzeichnen.
Quelle: CID, Trend & Motives, 12/2018

eingeschätzt: 73 Prozent aller Befragten sehen sie in dieser Hinsicht als eine wichtige Industrie an. 65 Prozent sprechen von einer Branche, die sie akzeptieren. Knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) gibt an, dass die Chemie eine Branche ist, der sie vertrauen können. Auch bei diesen Kriterien sind gegenüber der Vorjahresumfrage deutliche Rückgänge zu verzeichnen – um 10, 17 beziehungsweise 21 Prozentpunkte.

KRITISCHERE GESELLSCHAFT

Die Gründe für die Image-Rückgänge sind im Wesentlichen nicht brancheninterner Natur. Vielmehr herrscht in der Gesellschaft insgesamt eine deutlich kritischere Einstellung – insbesondere zur Sozialen Marktwirtschaft. Nur jeder Dritte (33 Prozent) hat hierzu eine gute Meinung. 2017 waren es noch weit über 50 Prozent. Dass es in Deutschland gerecht zugeht, glauben inzwischen nur noch gut 20 Prozent. Vielerorts sind die Bürger trotz einer florierenden Wirtschaft mit ihren persönlichen Lebensbedingungen und Perspektiven unzufrieden. Verantwortliche Faktoren sind unter anderem die enormen Preissteigerungen im Wohnungsmarkt und als zu niedrig empfundene Löhne.

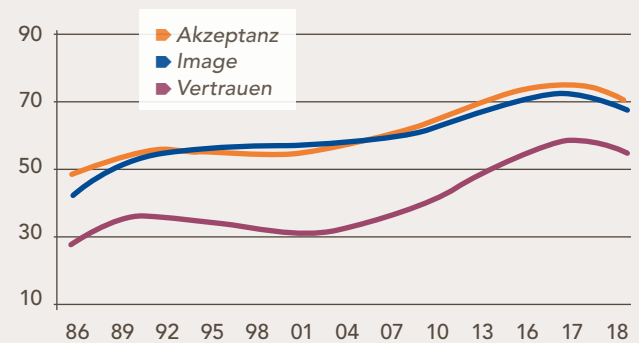
Negativ auf die Gesamtstimmung und das Vertrauen in der Gesellschaft wirken sich auch Politiküberdruß sowie das Dieselthema (Fahrverbote) und die Cum-Ex-Geschäfte der Banken aus. Unmittelbar davon betroffene Branchen wie die Automobilindustrie, Banken und Versicherungen müssen daher im Vergleich zur Chemie deutlich stärkere Einbußen in der Gesamtbeurteilung hinnehmen und sorgen insgesamt für einen negativen Sog. Diesem kann sich auch die Chemie nicht entziehen.

BRANCHENTHEMA PLASTIKMÜLL

Wie schon in den Vorjahren stand die Chemie eher wenig im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Nur 13 Prozent der Teilnehmer gaben bei der 2018er-Befragung an, branchenspezifische Nachrichten mitbekommen zu haben. Allerdings hat das Thema Kunststoffmüll (Marine Litter) erheblich an Wahrnehmung gewonnen. 20 Prozent derjenigen, die sich an branchenspezifische Informationen erinnern konnten, nannten spontan das Thema Kunststoffmüll. Dieses Thema zeichnete somit mitverantwortlich für die Akzeptanz- und Imageverluste, obgleich sich der grundsätzliche Vertrauenseinbruch über das Thema soziale Gerechtigkeit deutlich markanter ausgewirkt hat. Letzterer ist beim Imagerrückgang für 10 der insgesamt 12 Prozentpunkte verantwortlich. Auf das Konto von Kunststoffmüll (Marine Litter) gehen lediglich 2 Prozentpunkte. *Jan Voosen (Voosen@vci.de)*

GESELLSCHAFTLICHE STIMMUNG TRIFFT DIE CHEMIE

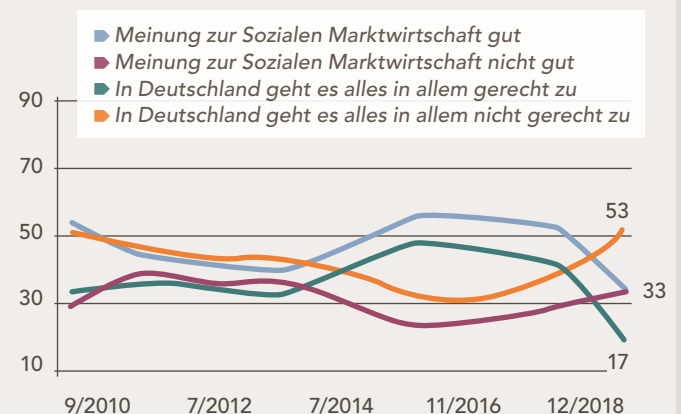
Akzeptanz, Image und Vertrauen in die Branche (1986–2018), Angaben in Prozent der Bevölkerung



In den vergangenen 30 Jahren ist es der Chemie gelungen, Akzeptanz, Image und Vertrauen in die Branche auszubauen. Die allgemeine Unzufriedenheit mit Politik und Wirtschaft in der Gesellschaft führte jüngst jedoch zu einem Rückgang. Quelle CID: Best-Fit-Trendkurven aus den Umfragen GfK, TNS-Emnid, Trend & Motives, für „Bevölkerung“

ALLGEMEINE UNZUFRIEDENHEIT ALS URSACHE

Meinungsklima zur Sozialen Marktwirtschaft und Gerechtigkeit, Zustimmung der Bevölkerung in Prozent



Die Meinung zur Sozialen Marktwirtschaft hat sich im Jahr 2018 um mehr als ein Drittel verschlechtert. Das Vertrauen in die soziale Gerechtigkeit ist um über die Hälfte eingebrochen. Diese Entwicklungen sind die Hauptursache für den branchenübergreifenden Imageverlust. Quelle: CID, Trend & Motives, 12/2018

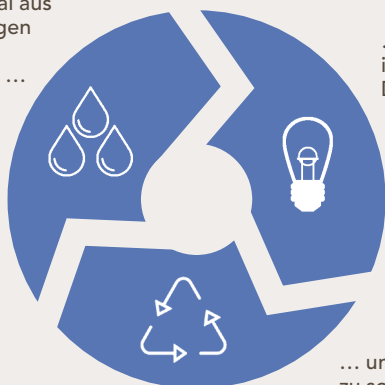


Die Preissteigerungen am Wohnungsmarkt und zu niedrig empfundene Löhne tragen mit dazu bei, dass viele Bürger mit ihren persönlichen Lebensbedingungen unzufrieden sind.

ZIRKULÄRE WIRTSCHAFT IN DER PRAXIS

Möglichkeit für eine Verpackungsstrategie

... Material aus nachhaltigen Quellen einsetzen ...



... in einem intelligenten Design ...

... um den Kreis zu schließen ...

Service: Die Charts des jüngsten VCI-Workshops zum Thema: „Zirkuläre Wirtschaft – mehr als Recycling!“ gibt es auf der VCI-Website zum Download: <http://bit.ly/WS-Zirkuläre-Wirtschaft>



Betreiber von Kläranlagen beschäftigen sich zunehmend mit Mikroplastik im Abwasser. Chemieunternehmen wollen Abhilfe schaffen.

VCI-Workshopreihe „Zirkuläre Wirtschaft“

Zirkuläre Chemie ist mehr als Recycling

In der öffentlichen Diskussion über Recycling geht es vor allem um Kunststoffverpackungen. Eine zirkuläre Wirtschaft betrifft aber nicht nur die Polymer- und Basischemie. Sie hat für alle Chemiesparten hohe Bedeutung. Mitte Februar haben sich Experten im Rahmen der VCI-Workshopreihe „Zirkuläre Wirtschaft“ über das Thema ausgetauscht.

Die Chemieindustrie steht vor großen Aufgaben. Die Forderungen aus Brüssel nach mehr Material-, Energie- und Ressourceneffizienz sowie einer stärkeren Kreislaufführung von Stoffen verändern das regulatorische Umfeld. Auch die Anforderungen von industriellen Kunden, Investoren und Konsumenten ändern sich rasant. Die zirkuläre Wirtschaft bietet den Herstellern von Chemikalien, die nicht im Kreis geführt werden können, Chancen und Risiken. Zu diesem Bereich zählen etwa Waschmittel, Agrochemikalien, Klebstoffe, Lacke oder Farben.

Die Konsumenten verlangen auch nachhaltige Lösungen von der Wirtschaft. Gemeinsam mit den Kundenindustrien arbeiten die Chemieunternehmen daher an nachhaltigen Lösungen für mehr Recycling und Ressourceneffizienz. Dazu gehören zum Beispiel die Entwicklung eines Klebstoffes, der das Recycling ermöglicht, der Verzicht auf Schadstoffe oder bestimmte Farben. Neben der Weiterentwicklung von Produkteigenschaften können auch Dienstleistungen wie das Chemikalien-leasing ein Lösungsansatz sein.

UMWELTBELASTUNG MINIMIEREN

Trotz aller Fortschritte können Chemikalien im Laufe ihres Lebensweges in die Umwelt gelangen. Der Anspruch der Branche ist es, die Einträge in Zukunft immer weiter zu minimieren. Eine umfassende Reinigung von industriellen Abwässern kann Abhilfe schaffen. Lagertanks, Mischsysteme und Transportleitungen müssen gespült werden. Beim Transport von Rohstoffen

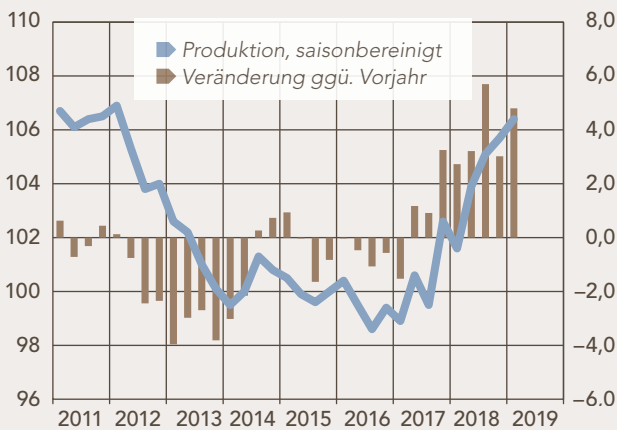
und Produkten werden Tanklastzüge eingesetzt, die nach erfolgtem Transport ebenfalls restentleert und ausgewaschen werden müssen. Auch in der Produktion oder im Labor werden Misch- und Rührreaktoren eingesetzt und deren Leitungssysteme gesäubert. Bei ihren Kunden kann die Chemie helfen, das entstandene Abwasser zu reinigen, bevor es den kommunalen Kläranlagen überantwortet wird.

Betreiber von Kläranlagen beschäftigen sich zunehmend mit Mikroplastik im Abwasser. Es gibt zahlreiche Quellen für die kleinen Partikel, zum Beispiel Reifenabrieb, Freisetzung bei der Abfallsorgung, Pelletverluste, Verwehungen auf Sport- und Spielplätzen sowie Abrieb von Schuhsohlen und Fasern bei der Textilwäsche. Um Abhilfe zu schaffen arbeiten die Chemieunternehmen einerseits mit Hochdruck an abrieb- und verwitterungsarmen Kunststoffen sowie andererseits an biologisch abbaubaren und recycelbaren Materialien.

Carolina Hupfer (hupfer@vci.de)

CHEMIE- UND PHARMAPRODUKTION IN DEN USA

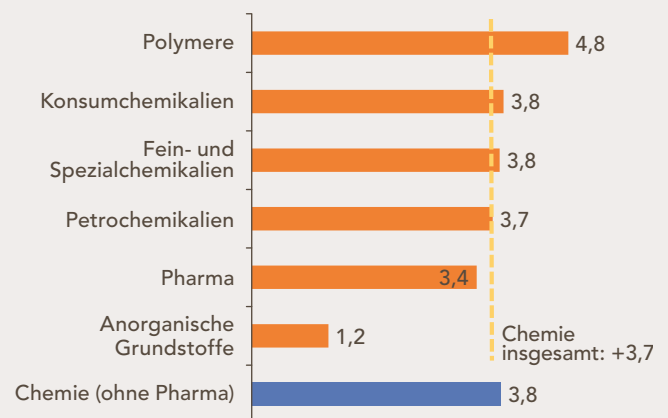
Index 2015 = 100, Angaben in Prozent



Aufschwung setzt sich 2019 fort: Das klassische Chemiegeschäft wird in den USA voraussichtlich rund 3 Prozent zulegen. Die Pharmaindustrie dürfte ihre Produktion nach einigen schwachen Jahren sogar um 3,5 Prozent ausdehnen. Quelle: Chemdata International/VCI

PRODUKTION AUSGEWÄHLTER US-CHEMIESPARTEN

2018, Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



Breiter Aufschwung: Alle Chemiesparten in den USA konnten 2018 von der guten Industriekonjunktur profitieren. Auch für die Pharmaindustrie lief es wieder besser. Die Produktion stieg hier um 3,4 Prozent. Quelle: Chemdata International/VCI

Konjunktur aktuell

US-Chemiegeschäft im Aufwind

Der Aufschwung der US-Wirtschaft geht mittlerweile in das zehnte Jahr. Nach einer kurzen Delle nahm das Wachstum in den vergangenen zwei Jahren wieder Fahrt auf. 2018 legte das Bruttoinlandsprodukt mit 2,9 Prozent beschleunigt zu. Dies war zusammen mit dem Jahr 2015 das kräftigste Wachstum seit 2009.

Steuerliche Anreize sowie gut ausgelastete Kapazitäten haben im vergangenen Jahr die Investitionstätigkeit der Unternehmen befeuert. Die Beschäftigung legte zu. Steigende Einkommen stützten den privaten Konsum. Eine hohe Nachfrage beschleunigte die konjunkturelle Dynamik im verarbeitenden Gewerbe. Zuletzt stieg die Industrieproduktion um 2,4 Prozent.

POSITIVE ENTWICKLUNG

Im Zuge des robusten Industriewachstums im Inland und steigender Rohölpreise entwickelte sich die Chemieproduktion bereits im Jahr

2017 dynamisch. 2018 gewann der Aufschwung dann an Breite. Insgesamt wuchs das Chemie- und Pharmageschäft um 3,7 Prozent. Die Investitionen stiegen auf hohem Niveau weiter an – vor allem in der Petrochemie. Die Kapazitätsauslastung der Branche entwickelte sich parallel zur Produktion. Sie lag im Jahr 2018 mit 75,6 Prozent noch einmal über dem Vorjahr und damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Steigende Ausbringungsmengen und Erzeugerpreise (+4,5 Prozent) bescherten den Unternehmen steigende Umsätze. Letztere lagen mit einem Wachstum von 5,1 Prozent erneut im Plus. Deswegen bewerten die Unternehmen die aktuelle wirtschaftliche Lage positiv.

UNSIKERHEIT BEIM AUSBLICK

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung sind sie jedoch zurückhaltender. Das Tempo der globalen Expansion dürfte in den kommenden Monaten nachlassen. Außerdem ist die Liste der

Risiken nach wie vor lang. Zum einen droht weiterhin eine Zuspitzung des Handelskonfliktes zwischen den USA und China. Zum anderen sind auch die handelspolitischen Spannungen zwischen den USA und der EU noch nicht ausgeräumt. Damit bleibt die Verunsicherung der Marktakteure hoch.

Trumps Wirtschaftspolitik, die auf eine Stärkung der US-Wirtschaft, eine breite Deregulierung und Protektionismus setzt, hat bisher noch nicht zu einer Abschwächung des US-Wirtschaftswachstums geführt. Neue Impulse sind aber auch nicht in Sicht.

Im Gegenteil: Der ausgerufenen Notstand und der Government Shutdown bremsen die wirtschaftliche Entwicklung. Auch der weltwirtschaftliche Gegenwind hat zugenommen.

Für das laufende Jahr rechnet der VCI dennoch mit einem Wachstum der US-Chemie- und -Pharmaindustrie in Höhe von 3,0 Prozent.

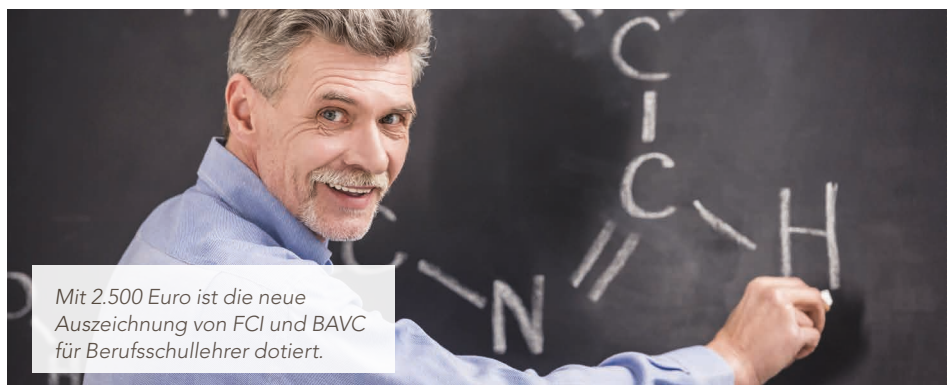
Christian Bünge (christian.buenger@vci.de)

Fonds der Chemischen Industrie und Bundesarbeitgeberverband Chemie loben neuen Preis aus

Kreative Berufsschullehrer gesucht

Pädagogen an Berufsschulen haben eine wichtige Aufgabe: Sie sollen junge Menschen bestmöglich im jeweiligen Lehrberuf ausbilden. Das setzt großes Engagement der Lehrer voraus. Das wollen der Fonds der Chemischen Industrie (FCI) und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) mit ihrer neuen Auszeichnung stärken.

Mit dem „Preis für Berufsschullehrkräfte“ sollen Pädagogen aus den Naturwissenschaften ausgezeichnet werden, die durch innovative Konzepte dazu beitragen, die duale Ausbildung in branchenspezifischen Chemie-Berufen wie Chemikant, Chemie-, Biologie-, Lacklaborant oder Produktionsfachkraft Chemie attraktiv zu gestalten. Der Preis kann für die Entwicklung eines neuen Experiments, die neuartige Umsetzung bekannter Experimente und für die Entwicklung und Umsetzung besonders erfolgreicher Unterrichtskonzepte vergeben werden. Ebenso



Mit 2.500 Euro ist die neue Auszeichnung von FCI und BAVC für Berufsschullehrer dotiert.

kann außergewöhnliches Engagement in Kooperationsprojekten mit Ausbildungsunternehmen gewürdigt werden.

Der Preis von FCI und BAVC ist mit 2.500 Euro dotiert und wird an praktizierende Lehrerinnen und Lehrer vergeben. Einreichungen für den Preis sollen Folgendes enthalten: eine prägnante schriftliche Begründung für den Preisträger-Vorschlag sowie den Lebenslauf des Vorgeschlagenen. Das Vorschlagsrecht ist nicht auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt.

Vielleicht kennen Sie einen Berufsschullehrer, den Sie auf diese Ausschreibung hinweisen möchten. Bewerbungsschluss ist der **15. Oktober 2019**. *mvz*

Service:

Infos zur Bewerbung gibt es unter:
<http://bit.ly/Lehrerpreis-Berufsschule>

Neues Unterrichtsmaterial des FCI für Naturwissenschaften für die 5. und 6. Klasse

Ein Tagebuch der Stoffe führen

Der Fonds der Chemischen Industrie (FCI) hat jetzt sein neues Unterrichtsmaterial „Stoffe erforschen, Naturwissenschaften entdecken“ veröffentlicht. Darin finden Lehrkräfte Anregungen und Experimente für den naturwissenschaftlichen Anfangsunterricht in den Klassenstufen 5 und 6.

In vielen Bundesländern beginnt der naturwissenschaftliche Unterricht in der Orientierungsstufe mit dem gleichnamigen Fach Naturwissenschaften (NaWi). Es integriert die Fächer Biologie, Physik und Chemie, erleichtert den Übergang vom Sachunterricht der Grundschule und bereitet auf den späteren Fachunterricht vor. Diesem Konzept trägt das neue Unterrichtsmaterial des FCI Rechnung. Die Brücken hin zu dem späteren

Fachunterricht werden inhaltlich getragen von drei fächerübergreifenden Basiskonzepten:

- Auf der Welt geht nichts verloren (Konzept der Erhaltung).
- Mit Energie kann man etwas tun (Konzept der Energie).
- Dinge beeinflussen sich gegenseitig (Konzept der Wechselwirkung).

Die Basiskonzepte versetzen die Schüler in die Lage, beobachtete Phänomene zu analysieren und darauf aufbauend altersgerechte Erklärungen zu finden. Dazu wurden ungewöhnliche Experimente mit Alltagsbezug zusammengestellt. Eine Übersicht exemplarischer Verknüpfun-



gen mit Inhalten der Rahmenpläne findet sich am Anfang jedes der vier Kapitel.

Herzstück jedes Kapitels ist das Impulsexperiment, das überraschende Effekte liefert und damit Interesse weckt, naturwissenschaftlichen Phänomenen auf den Grund zu gehen. Zu jedem Impulsexperiment werden zwei weitere Experimen-

tereinheiten vorgeschlagen. Im Rahmen eines Ergänzungsexperiments arbeiten die Schüler weitgehend angeleitet; ein Forscherauftrag führt zum problemorientierten und forschenden Lernen hin. *Birgit Kullmann (kullmann@vci.de)*

Jahresbilanz 2018 und Jubiläum

10 Jahre VCI-Einkaufskooperationen



Auf der Fachmesse Gefahrgut & Gefahrstoff in Leipzig feierten (v.l.): Markus Geisenberger (Leipziger Messe), Michael Kriegel (Dachser), Matthias Kober (Fachmesse Gefahrgut & Gefahrstoff) und Johann-Peter Nickel (VCI) die langjährige Zusammenarbeit von Dachser und VCI.

Was als kleines Projekt begann, hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt zu einem festen Bestandteil des Verbandes entwickelt: die VCI-Einkaufskooperationen. 2018 konnte wieder ein gesundes Wachstum verzeichnet werden. 2019 wird Jubiläum gefeiert.

Im vergangenen Jahr ist sowohl die Nutzung des Angebots als auch die Gesamtzahl der Mitgliedsfirmen, die auf die VCI-Einkaufskooperationen zugreifen, erneut angestiegen: 2018 wurde insgesamt auf über 820 Angebote zugegriffen – ein Anstieg von rund 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Inzwischen nehmen 42 Prozent der KMU die Einkaufskooperationen in Anspruch. „Das ist ein ausdrucksstarkes Ergebnis und deutliches Zeichen dafür, den eingeschlagenen Weg zielstrebig weiterzugehen“, freut sich Gisa Blach, die im Herbst 2018 die Leitung der Einkaufskooperationen übernommen hat. Gute Konditionen, exklusive Branchenlösungen und Zeitersparnis stehen nach wie vor an der Spitze der Kriterien, wenn es darum geht, die Vielfalt der Angebote weiter auszubauen. Firmen, die

bereits von einem Angebot Gebrauch machen, nehmen außerdem häufig ein zweites und drittes dazu: „Die Zuverlässigkeit und langjährige Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern sorgt für eine hohe Qualität“, so Blach.

Insgesamt können Unternehmen auf eine breit aufgestellte Angebotspalette zugreifen. Dazu gehören verschiedene Versicherungen, wie etwa eine Cyber-Risk-Versicherung, Speditionsdienste, Mietfahrzeuge, Einkaufsoptimierung und Lieferantenrecherche sowie Mitarbeiter Vorteile (Angebote aus Technik, Mode, Reisen, Sport, Unterhaltung).

DACHSER VON BEGINN AN DABEI

Wie beständig eine Partnerschaft sein kann, zeigen das ebenfalls 10-jährige Jubiläum der erfolgreichen Einkaufskooperation sowie eine Vertragsverlängerung um weitere fünf Jahre mit dem Kooperationspartner Dachser. 2009 starteten beide Seiten ihre Allianz für die europäische Stückgutlogistik. Mit der zunehmenden Internationalisierung der chemischen Industrie weitete sich die Zusammenarbeit 2015 auf interkontinentale Luft- und Seefracht-Services aus.

„Unsere Mitglieder haben mit Dachser Chem-Logistics einen kompetenten Ansprechpartner, der ihre Europa-logistik sicher handhabt und gleichzeitig auch die interkontinentalen Märkte aus einer Hand versorgen kann“, weiß Johann-Peter Nickel, Geschäftsführer im VCI, die Zusammenarbeit zu schätzen. **ak**

Service:

Einen Überblick über alle Kooperationen und Sonderaktionen finden Sie im Mitgliederbereich der VCI-Website (Log-in nötig): www.einkauf.vci.de

Monatliche Neuigkeiten gibt es per Newsletter. Bei Interesse schreiben Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff: „Aufnahme Verteiler Kooperations-Newsletter“ an: einkaufskooperationen@vci.de

Für ein persönliches Gespräch steht Ihnen Gisa Blach zur Verfügung:
Telefon: 069 2556-1653,
E-Mail: blach@vci.de

Neue VCI-Positionspapiere zur Bedeutung der Verkehrsträger Schiene und Fluss

Klima und Wirtschaft brauchen moderne Infrastruktur

Die Infrastruktur in Deutschland lebt nach wie vor von der Substanz, auch wenn die Bundesregierung ihre Investitionsmittel für Straßen, Schienen und Binnenwasserwege erheblich erhöht hat. Aber das reicht nicht aus, wie aus zwei neuen VCI-Positionspapieren zur Bedeutung des Eisenbahnverkehrs und der Binnenschifffahrt für die chemische Industrie hervorgeht. Der VCI macht darin Vorschläge, wie man diese Verkehrsträger erheblich attraktiver für die Branche machen kann.

Eine wettbewerbsfähige erfolgreiche Wirtschaft braucht optimale Mobilität. Das setzt ein starkes logistisches System voraus, in dem die Bahn und das Binnenschiff als umweltfreundliche, sichere Transportmittel eine wichtige Rolle spielen müssen. Doch die Realität in Deutschland sieht anders aus: Das Schienennetz ist überlastet, die Schleusen und Kanäle sind marode. Um die Vorteile beider Verkehrsträger voll nutzen zu können, müssen deren Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nicht nur

sichergestellt, sondern auch verbessert werden. „Nur dann kann man der zu erwartenden Steigerung des Verkehrsaufkommens in den nächsten Jahren gerecht werden, die politisch gewollte Verlagerung von Transporten von der Straße auf Eisenbahn und Binnenschiff vorantreiben und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten“, sagt Andrea Heid, VCI-Bereichsleiterin Verkehr.

AUSBAU FÜR 740 METER LANGE ZÜGE

In seinem Positionspapier zum Schienenverkehr stellt der VCI zwölf Forderungen auf, damit die Eisenbahn an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt. Dazu zählen beispielsweise höhere Transportkapazitäten und der Ausbau des Schienennetzes, eine bessere Zusammenarbeit von Infrastruktur- und Eisenbahnverkehrsunternehmen, beschleunigte Planungsverfahren sowie ein besseres Informations- und Baustellenmanagement. Zusätzlich müssen die Voraussetzungen für durchgängige 740 Meter lange Züge geschaffen werden. Für erstrebenswert hält der VCI eine höhere Durchschnittsgeschwindigkeit der

Güterzüge. Auch die Automatisierung und Digitalisierung muss nach Auffassung des Verbands stärker vorangetrieben werden, beispielsweise durch automatische Kupplungssysteme, Sensorik für Güterwagen und Ladung sowie die Einführung erster Pilotstrecken für autonomes Fahren. Und es gibt noch einen zusätzlichen Aspekt: „Wir müssen an die Anwohner der stark befahrenen Strecken im Schienengüterverkehr denken, der erhebliche Lärmbelästigungen für sie mitbringt“, betont Heid. Daher setzt sich der VCI für geeignete Lärmschutzmaßnahmen wie eine Kombination aktiver und passiver Lärmschutzmaßnahmen ein. An der Ausrüstung der Güterwagen mit lärmreduzierten Bremsensystemen, der dabei eine besonders wichtige Rolle zukommt, werde bereits mit Hochdruck gearbeitet.

BINNENWASSERWEGE MODERNISIEREN

So wie die Eisenbahn ist auch das Binnenschiff für den Transport chemischer Massengüter, die über längere Distanzen transportiert werden müssen, besonders geeignet. „Allerdings muss es uns gelingen, den Binnenschiffsverkehr zügig weiter zu modernisieren und dauerhaft leistungsfähig aufzustellen“, fordert Logistik-Expertin Heid. Neben der Verbesserung der Schifffbarkeit des Rheins und der dringenden Sanierung von Schleusen und Kanälen (siehe Seite 21) seien auch Abstell- und Lagerflächen für Container in den Binnenschiffterminals zu schaffen beziehungsweise zu erweitern. Notwendig sei auch eine leistungsfähige Bundes- und Wasserstraßenverwaltung mit klaren Entscheidungsstrukturen. *mvz*



Der VCI sieht Nachholbedarf im Schienenverkehr.

Service:

Die beiden Positionspapiere gibt es auf der VCI-Website unter den Links:
<http://bit.ly/Schienengüterverkehr>
<http://bit.ly/Binnenschifffahrt>

VCI fordert Maßnahmen für leistungsfähige Binnenwasserwege ein

Rhein und Co. besser schiffbar machen

An die Verkehrsministerkonferenz gerichtet, mahnt der Chemieverband zügiges Handeln vor allem bei der Abladeoptimierung des Mittel- und Niederrheins an.

Die Binnenschifffahrt ist mit etwa 10 Prozent des Transportvolumens ein wichtiger Verkehrsweg für die drittgrößte Branche in Deutschland. Deshalb hat der VCI an die Anfang April tagende Verkehrsministerkonferenz (VMK) appelliert, auf „volle Kraft voraus“ zu schalten, um die Leistungsfähigkeit der Binnenwasserstraßen zu erhöhen. Das gelte besonders für die sogenannte Abladeoptimierung des Mittel- und Niederrheins. Diese Maßnahme ist zwar im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthalten, die Bundesregierung muss aus Sicht des VCI aber alles daran setzen, um sie innerhalb weniger Jahre umzusetzen. „Unsere Branche kann nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag warten; der schlechte Zustand der Infrastruktur und Niedrigwasser machen sich schon heute akut bemerkbar“, macht Frank Andreesen, Vorsitzender des VCI-Fachausschusses Verkehr, deutlich. Mit der Vertiefung der Fahrrinne an einigen Rheinabschnitten ist nicht vor 2030 zu rechnen.

Nach Auffassung des VCI darf das Thema Schiffsverkehr bei der VMK nicht unter „ferner liefen“ behandelt werden, denn die Binnenschifffahrt ist von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Dabei ist es um die Leistungsfähigkeit der Binnenwasserstraßen schlecht bestellt. So sind beispielsweise die Schleusen in die Jahre gekommen: Rund 30 Prozent dieser Wasserbauwerke müssen zügig saniert oder ausgebaut werden. „Die Staus und langen Wartezeiten an den Kanalschleusen gefährden die Versorgungssicherheit der Industrie. Darüber hinaus beeinträchtigen immer länger andauernde Niedrigwasserperioden die Produktion. Denn die großen Mengen, die im Warenein- und -ausgang auf dem Binnenschiff befördert werden, lassen sich nicht einfach auf die Schiene oder Straße verlagern“, sagt Andreesen.



Erst 2030 soll die Vertiefung der Fahrrinne des Mittel- und Niederrheins realisiert werden.

Auch mit Blick auf die deutschen und europäischen Klimaschutzziele müsse die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Binnenwasserwege erheblich besser werden, mahnt der Chemieverband und verweist darauf, dass die Branche noch stärker als bisher das Binnenschiff für ihre Transporte einsetzen möchte. Daher schlägt der VCI unter anderem vor, zusätzliche moderne Umschlagpunkte für den kombinierten Verkehr zu schaffen und die Durchfahrts-

höhe für Schiffe unter den Brücken in den Kanälen zu erhöhen und so einen doppelagigen Containertransport zu ermöglichen. „Positive Effekte erwarten wir auch von einer zunehmenden Automatisierung und Digitalisierung – angefangen vom papierlosen Transportdokument bis hin zur Nutzung digitaler Daten in der gesamten logistischen Transportkette“, betont der Vorsitzende des VCI-Fachausschusses Verkehr. *mvz*

chemie-report-Reihe: VCI-Leitfäden für Transportsicherheit

Mit seiner Reihe über VCI-Leitfäden rund um das Thema Gefahrguttransporte unterstützt der VCI seine Mitglieder bei der sicheren Beförderung von Chemikalien. In Teil 9 geht es um den jetzt überarbeiteten Leitfaden zur Lkw-Kontrolle.

Welche Vorschriften sollen bei den Kontrollen von Fahrzeugen und Fahrzeugführern vor und bei der Beladung nach Abschnitt 7.5.1 ADR zugrunde gelegt werden? Die dort genannten Begriffe „Sichtprüfung des Fahrzeugs“ und „Rechtsvorschriften“ werden ohne nähere Erläuterung verwendet. Der an das ADR 2019 angepasste Leitfaden

möchte vor allem den Verladern eine Hilfestellung geben.

Der Leitfaden umfasst unter anderem folgende Inhalte:

- Katalog möglicher Prüfpunkte (vor Beladung),
- Sicherheit der Beförderungseinheit (nur offensichtliche Mängel),
- Ausrüstung und Kennzeichnung der Beförderungseinheit,
- Dokumente (Begleitpapiere),
- Fahrzeugführer/Beifahrer,
- Ladung.

Der Leitfaden steht in Kürze als Download zur Verfügung unter: <http://bit.ly/LF-Lkw-Kontrolle>

Artikelserie Bürokratieabbau



Der VCI möchte mit seiner Artikelserie in gebündelter Form auf bürokratische Hemmnisse hinweisen, denen VCI-Mitglieder ausgesetzt sind. In der zweiten Folge geht es um Regelungen in der Außenwirtschaft. Dort schreitet vor allem der digitale Wandel nicht schnell genug voran.

Unternehmen, die mit Chemikalien handeln, müssen ihre Pflichten genau kennen, um einem möglichen Missbrauch ihrer Produkte vorzubeugen. Denn sonst drohen Geld- und Freiheitsstrafen sowie erhebliche Reputationsschäden.

Teil 2: Außenwirtschaft

Handelskontrollen von Bürokratie befreien

den. Umgekehrt sollten aber die zuständigen Behörden die Effizienz steigern, für mehr Rechts- und Planungssicherheit sorgen sowie den Bürokratieabbau vorantreiben. Doch daran hapert es in Deutschland: Der digitale Wandel geht auch in der Exportkontrolle nicht schnell genug voran. Im Bereich Grundstoffüberwachung beispielsweise müssen Unternehmen ihre Antrags-, Genehmigungs- und Meldeunterlagen immer noch per Post beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte einreichen. Ein hoher Bürokratieaufwand.

Mit gutem Beispiel geht dagegen das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) voran: Dort können Firmen schon seit acht Jahren ihre Anträge für Ausfuhrgenehmigungen elektronisch stellen. Seit Kurzem können sie sogar sämtliche Meldungen im Rahmen des Chemiewaffenübereinkommens in einer neuen Online-Plattform abgeben. So kann den internationalen Verpflichtungen papierlos nachgekommen werden. Dadurch sparen Unternehmen, aber auch Verwaltung, Zeit und Geld.

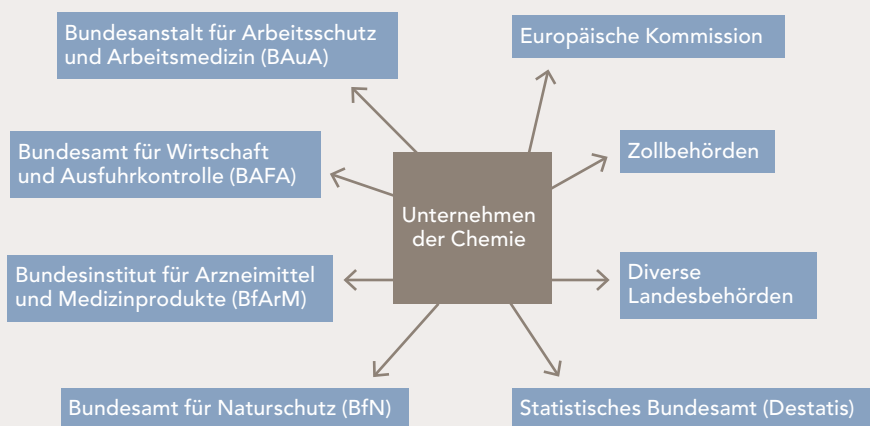
BEARBEITUNGSZEITEN VERKÜRZEN

Auch bestehende Antragsverfahren könnte man verbessern. Dies trifft exemplarisch auf die Dauer der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für sogenannte Dual-Use-Güter zu. Die Bearbeitungszeiten können hierfür Wochen oder sogar Monate betragen. Zudem ist für Unternehmen häufig nicht vorhersehbar, wie die Entscheidung der Behörde ausfallen wird. Die fehlende Planungssicherheit und die langen Wartezeiten führen oft zu hohen Risiken, schlimmstenfalls verliert das Unternehmen sogar Auslandskunden und -geschäft. Für den Exportweltmeister Chemie ist das nicht akzeptabel. Zum Lösungsrezept gehören daher nach Auffassung des VCI mehr Fachpersonal und Verfahrenserleichterungen wie die Einführung von weiteren Allgemeingenehmigungen. Außerdem wäre eine einheitliche Regelung in der Europäischen Union mit einer gesetzlich vorgeschriebenen Bearbeitungsfrist empfehlenswert. Dies könnte Unternehmen wie Verwaltung deutlich entlasten.

Die Beispiele zeigen: Für Bundesregierung und Behörden bleibt noch viel zu tun. Sie müssen die deutsche Verwaltung fit für das 21. Jahrhundert machen – auch im Außenhandel. Dazu gehört, die Chancen der Digitalisierung gemeinsam mit der Wirtschaft stärker zu nutzen. **Brian Petter (petter@vci.de), mvz**

KONTROLLPFLICHTEN IN DER AUSSENWIRTSCHAFT

Übersicht über beteiligte Institutionen (Auswahl)



Unterschiedliche Zuständigkeiten: In der Außenwirtschaft müssen die Unternehmen mit vielen Institutionen zusammenarbeiten. Umso wichtiger wäre es, bürokratische Hemmnisse abzubauen und den digitalen Wandel voranzutreiben.

Aufruf:

Haben Sie Ideen/Beispiele oder Fragen zum Bürokratieabbau? Dann wenden Sie sich bitte an Angelika Becker (becker@vci.de). Bei Fragen zum Außenwirtschaftsrecht schreiben Sie bitte an Brian Petter (petter@vci.de).

KURZNACHRICHTEN

Stifterverband startet neue Erhebung zu Forschung und Entwicklung

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft startet im April seine neue Erhebung zum Stand der Forschung und Entwicklung (FuE) der Wirtschaft im Jahre 2018. Da auf Grundlage dieser Daten Politik, Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Forschungsinstitute wichtige Entscheidungen treffen, kommt den Ergebnissen eine hohe Bedeutung zu. Der Stifterverband wird an die forschenden Unternehmen herantreten und ihnen einen Fragebogen zusenden. Der VCI unterstützt die FuE-Erhebung und bittet um Teilnahme.

Service: Weitere Informationen zur Umfrage finden Sie unter: www.wissenschaftsstatistik.de

REACH: Neuer Aktionsplan für die Stoffbewertung von 2019 bis 2021

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat ihren Aktionsplan für die Stoffbewertung von 2019 bis 2021 angenommen. Der sogenannte CoRAP (Community Rolling Action Plan) umfasst 100 Chemikalien, die in den folgenden drei Jahren einer Bewertung durch einen Mitgliedstaat unterzogen werden. 24 Stoffe wurden neu aufgenommen und 76 aus früheren Aktionsplänen übernommen. In diesem Jahr sind 31 Stoffbewertungen vorgesehen. Chemieunternehmen sollten im Blick haben, ob ihre Produkte geprüft werden.

Service: Den Aktionsplan der ECHA mit der aktuellen Stoffliste finden Sie im Internet unter: <http://bit.ly/Aktionsplan-CoRAP>

Neue ECHA-Leitlinie für Anhang VIII der CLP-Verordnung

Wie sollen Chemieunternehmen Informationen über gefährliche Gemische an Giftinformationszentren in der EU übermitteln? Die Version 1.0 einer neuen ECHA-Leitlinie soll Orientierung geben. Die „Guidance on harmonised information relating to health emergency response – Annex VIII to CLP“ ist im Internet erhältlich und erläutert die Bestimmungen des Artikels 45 und des neuen Anhangs VIII der CLP-Verordnung.

Service: Die ECHA-Leitlinie finden Sie hier zum Download: <http://bit.ly/ECHA-Leitlinie-AnhangVIII>

Compliance im Mittelstand**Wie Behörden die DSGVO-Umsetzung überwachen****Artikelserie Teil 33:****Es wird ernst**

Fast ein Jahr nach dem Geltungsbeginn der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) steht fest, dass die befürchtete zivilrechtliche Abmahnwelle ausgeblieben ist. Aber der Vollzug der neuen Vorschriften durch die Landesdatenschutzbehörden ist angelaufen.

Elf Bundesländer haben laut Medienberichten bislang keine Bußgelder wegen Verstößen gegen die DSGVO verhängt. Insgesamt seien allerdings in den anderen Bundesländern bereits in 41 Fällen Bußgeldbescheide ergangen. Die höchste Einzel-

buße habe mit 80.000 Euro die Baden-Württembergische Datenschutzbehörde verhängt. Es ging um Gesundheitsdaten, die mangels ausreichender Sicherungsmaßnahmen im Internet veröffentlicht wurden. Hamburg habe Bußgelder in Höhe von insgesamt 25.000 Euro und Nordrhein-Westfalen in Höhe von rund 15.000 Euro verhängt.

Die meisten Bußgeldverfahren wurden durch Beschwerden von Betroffenen eingeleitet. Die Anzahl der bei den Landesdatenschutzbehörden eingegangenen Beschwerden hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum vor Geltungsbeginn der DSGVO drastisch erhöht. Berichten zufolge gingen bei einzelnen Ämtern täglich um die 200 Anrufe ein. Obwohl nicht jeder Beschwerdefall in einem Bußgeldverfahren münden wird, ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Bußgeldverfahren noch deutlich steigen wird. Zudem haben einige Landesdatenschutzbehörden umfangreiche Fragebögen an Unternehmen versandt. Damit soll der Umsetzungsstand der DSGVO überprüft werden. Die Datenschutzbehörde in Niedersachsen soll in Folge dessen schon rund 150 Prüfverfahren eingeleitet haben.

Unternehmen sollten daher bei ihren Bemühungen zur Umsetzung der DSGVO nicht nachlassen. Erfahrungsgemäß sind insbesondere die zahlreichen Dokumentationspflichten noch nicht gänzlich umgesetzt. Um den Behörden möglichst wenig Ansatzpunkte für Bußgelder zu bieten, sollten letzte Compliance-Lücken schnell geschlossen werden.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DATENSCHUTZ DURCH BREXIT

Neue Herausforderungen bei der Datenschutz-Compliance bringt auch der Brexit mit sich. Sollte sich dieser ohne Austrittsabkommen vollziehen, wäre Großbritannien ab dem Austrittsdatum datenschutzrechtlich wie jedes Drittland zu behandeln. Dies hätte zur Folge, dass personenbezogene Daten aus einem EU-Mitgliedstaat nur noch äußerst eingeschränkt nach Großbritannien übermittelt werden dürfen. Dies würde so lange gelten, wie es keinen „Angemessenheitsbeschluss“ gibt, der Großbritannien ein vergleichbares Datenschutzniveau wie den EU-Mitgliedstaaten bescheinigt.

Marcel Kouskoutis (kouskoutis@vci.de), *cla*

Informationen anfordern

Weitere Informationen zu den Berichten in diesem „chemie report“ und eigene Broschüren zu wichtigen Themen der Branche stellt der VCI seinen Lesern kostenlos zur Verfügung. Folgen Sie dazu bitte den Internet-Links unter den Artikeln.

VCI-Dokumente können Sie bei Bedarf auch bei uns anfordern: Verband der Chemischen Industrie e. V., Leserservice chemie report 04/2019, E-Mail: chemiereport@vci.de, oder Telefax: +49 69 2556-1613.

VCI-Ansprechpartner auf einen Blick

Der VCI hat sein Faltblatt „Themen und Strukturen“ aktualisiert. Damit finden Sie schnell ihre Ansprechpartner zu allen wichtigen Themen und bekommen eine Kurzübersicht über die Service- und Themenportale. Das Organigramm zeigt Ansprechpartner für die VCI-Abteilungen Wissenschaft, Technik und Umwelt; Wirtschaft, Finanzen und IT; Kommunikation; Energie, Klimaschutz und Rohstoffe; Recht und Steuern, Nachhaltigkeit; Zentrale Aufgaben; Hauptstadtbüro Berlin; Europabüro Brüssel; VCI-Landesverbände; Mitgliedsverbände und Fachvereinigungen. Download und Link zur Online-Fassung (Mitglieder-Log-in erforderlich): <http://bit.ly/VCIuS2019>

Themen und
Strukturen 2019
Verband der Chemischen Industrie e. V.



VERBAND DER
CHEMISCHEN INDUSTRIE e. V.
VCI

TERMINE DES VCI

DATUM	EREIGNIS	ORT
25.06.2019	Infoveranstaltung von VCI und Umweltbundesamt zum „Stand des WGC-BREFs“	Frankfurt am Main
03.07.2019	Halbjahrespressekonferenz 2019	Frankfurt am Main
15.08.2019	Forschungspressekonferenz	Frankfurt am Main
26.09.2019	VCI-Mitgliederversammlung	Berlin
07.11.2019	Infoveranstaltung „Neue Gefahrgutvorschriften 2020“	Frankfurt am Main
15.11.2019	Mitgliederversammlung der VCI-Fachvereinigung Chemieparcs	Frankfurt am Main
03.12.2019	Jahrespressekonferenz 2019	Frankfurt am Main

Impressum chemie report Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, Telefon: 069 2556-0, Telefax: 069 2556-1471, E-Mail: dialog@vci.de, Internet: www.vci.de, ISSN: 1436-1736 **Redaktionsschluss** 12.04.2019 **Auflage** 6.500 Exemplare **Verantwortlich** Manfred Ritz (mr), **Redaktion** Oliver Claas (cla, Leitung), Anna Kühr (ak, CvD), Jenni Glaser (jgl), Jürgen Udwari (udj), Monika von Zedlitz (mvz) **Layout** Susanna Koch **Leserservice** E-Mail: chemiereport@vci.de, Telefon: 069 2556-1496, Telefax: 069 2556-1613 **Klimaneutraler Druck** auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft, druckpartner, Essen **Fotos** VCI/Darchinger (1 und 2), Henkel (3 oben), VCI/Darchinger (3 unten), VCI (4 oben), VCI/Darchinger (4 unten), vdd (5), Europäisches Parlament (6), Bundesregierung/Kugler (7 Mitte links), Henkel (7 Mitte rechts), IG BCE/Stefan Koch (7 unten links), BAVC (7 unten rechts), Sashkin/stock.adobe.com (8), Messe Stuttgart (9), Wayhome Studio/stock.adobe.com (10), anawat_s/stock.adobe.com (11), Visions-AD/Fotolia.com (12), Gorodenkoff/stock.adobe.com (13), jokerpro/stock.adobe.com (14), Adrian72/stock.adobe.com (15), zatevakhin/stock.adobe.com (16), VadimGuzhva/stock.adobe.com (18), Dachser Presse (19), pegasosart/Fotolia.com (20), mojolo/stock.adobe.com (21), Eisenhans/Fotolia.com (22), fotogestoeber/stock.adobe.com (23) **Grafiken** Christian Bünger (17), Susanna Koch (11, 14, 15, 16, 22)

Politische Top-Themen im VCI*

- **Energie und Klima:** Für ein industriefreundliches Klimaschutzgesetz einsetzen
- **Innovation:** Anreizstruktur für Innovationen in Chemie und Pharma
- **Industriepolitik:** Industriepolitische Strategie der Bundesregierung begleiten
- **EU-Handelspolitik:** EU-Handelsvereinbarungen vorantreiben
- **Agrar:** An der gesellschaftlichen Debatte zur Biodiversität beteiligen
- **Steuern:** Unternehmensteuerreform auf den Weg bringen

* Die Liste enthält die Themen, die das Präsidium des VCI aus den von den Ausschüssen priorisierten Themen als Top-Themen identifiziert hat. Sie stehen 2019 im Vordergrund der politischen und kommunikativen Arbeit des Verbandes der Chemischen Industrie. Die Dokumente zu diesen und weiteren Branchenthemen finden Sie auf VCI-Online unter diesem Link: <https://www.vci.de/top-themen>